



STANDPUNKT

focus 6/15
Oktober

Wohnen im Alter: Nicht nur an die «Hardware» denken



Dr. Antonia Jann
Geschäftsführerin Age Stiftung

Wohnen ist wichtig für mich. Für meine Mutter (75) und meine Schwiegermutter (92) ist Wohnen aber noch wichtiger, weil sie mehr Zeit in ihrer Wohnung verbringen und ihr Aktionsradius immer kleiner wird. Bei den Befragungen im Age Report, der repräsentativen Befragung zum Wohnen, die seit über 10 Jahren regelmässig durchgeführt wird, geben die Leute an, dass eine Wohnung in erster Linie «gemütlich» sein muss. Emotionale Faktoren haben also eine grosse Bedeutung bei diesem Thema. Dennoch sind auch bauliche Faktoren nicht zu unterschätzen. Je weniger die Umwelt die älter werdenden Menschen behindert, umso länger können sie auch mit nachlassenden Kräften autonom unterwegs sein.

Wenn das private Wohnen gestärkt und die individuellen Ressourcen so lange wie möglich mit ambulanten Hilfestellungen ergänzt werden sollen, braucht es hindernisfreie und zugängliche Wohnungen. Eine gute Infrastruktur im Quartier fördert Begegnungen und dient der Selbstversorgung; nachbarschaftliche Netze geben Sicherheit. Alleine das Erkennen von Menschen auf der Strasse oder im Laden ist ein wichtiges Element, um sich zugehörig zu fühlen.

Wir setzen uns mit dem Programm «Socius – wenn Älterwerden Hilfe braucht» dafür ein, dass die Wohnbedingungen alter Menschen, die zu Hause leben, gut sind. Dabei geht es nicht nur um bauliche Massnahmen, – also nicht nur um «Hardware» –, sondern auch um die «Software». Das heisst, um die Koordination der Angebote und um den Zugang zu Dienstleistungen: Wir unterstützen mit dem Programm verschiedene Akteure dabei, das nahe Wohnumfeld verlässlicher zu gestalten und den Zugang zu Hilfe und Betreuung zu vereinfachen und nachhaltig zu gewährleisten. Die alten Menschen, die tapfer und mutig zu Hause leben, müssen darauf vertrauen können, dass sie bei Bedarf Hilfe bekommen. Und genauso, wie bei der Wahrnehmung der Wohnung emotionale Faktoren eine zentrale Rolle spielen, so ist auch bei der Unterstützung wichtig, dass Vertrauen aufgebaut werden kann. Schnelllebige Projekte sind keine Lösung. Es braucht verlässliche Strukturen und sichtbare Personen, zu denen man zuerst eine Beziehung aufbauen muss, bevor man ihnen vertrauen kann.

Diese Strukturen zu fördern ist nicht nur eine Aufgabe für jeden Einzelnen von uns, sei es als Nachbar, Quartierbewohner oder Angehöriger, sondern auch für verschiedene gesellschaftliche Gruppen – nicht zuletzt auch für Städte und Gemeinden.

Liebe Leserin, lieber Leser

In fast allen Diskussionen über den alterspolitischen Handlungsbedarf in den Städten taucht ein Thema auf: Das Wohnen. Auch in den allermeisten Altersleitbildern findet sich hierzu ein Kapitel.

Erklären lässt sich die zentrale Bedeutung des Themas mit dessen vielfältigen Verknüpfungen und Wirkungen: Ein guter Austausch und Bekanntschaften im Quartier können beispielsweise Vereinsamungsphänomenen vorbeugen. Und geschickt geplante Wohnungen ermöglichen es, dass ältere Menschen länger selbständig leben können. Gleichzeitig bringen es die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt aber mit sich, dass auch ältere Menschen bei einem Umzug, etwa in ein altersgerecht ausgestattetes Appartement, vermehrt finanzielle Überlegungen anstellen müssen.

Die verschiedenen Aspekte des Wohnens im Alter werden in diesem «focus» diskutiert.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Die demografische Entwicklung kann eine neue Dynamik auslösen»


Gil Reichen
Stadtpräsident von Pully

Gil Reichen amtiert seit Juli 2011 als Stadtpräsident von Pully (VD). Mitglied der Exekutive ist der ausgebildete Ingenieur (EPFL) jedoch bereits 1994. Zuerst war er drei Jahre Werks- und Sicherheitsvorsteher und anschliessend für Umwelt und Stadtentwicklung zuständig. Von 2002 bis 2012 sass der FDP-Politiker auch im Kantonsparlament der Waadt.

Wie würden Sie Pully mit Blick auf die demografische Entwicklung charakterisieren?

Pully ist insbesondere in den Jahren 1950 bis 1964 stark gewachsen. In dieser Zeit hat sich die Zahl der Einwohner mehr als verdoppelt: von 7 000 auf 16 000. Danach blieb die Einwohnerzahl während 40 Jahren in etwa gleich, im letzten Jahrzehnt ist sie aber wieder gestiegen. In Pully leben heute fast 18 000 Personen. Es sind rund 30 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre alt oder älter. Das ist mehr als im kantonalen Durchschnitt.

Es lässt sich verschiedenorts Folgen des feststellen: Die Kernstädte verjüngen sich, während die umliegenden Orte immer mehr ältere Personen zählen. Gilt dies auch für Pully?

Diese Entwicklung scheint sich in der Tat auch in Pully und Lausanne abzuzeichnen. Wie erwähnt ist die Gruppe der über 65-Jährigen in Pully in den letzten 20 Jahren schneller gewachsen als die übrigen Altersgruppen. 1995 machte diese Gruppe 18.7 Prozent der Bevölkerung aus, 2014 waren es dann 23.2 Prozent. In Lausanne ist derweil eher eine Verjüngung der Bevölkerung festzustellen.

Ist die demografische Entwicklung primär eine Herausforderung oder auch eine Chance?

Insgesamt ist sie sicher eine grosse Herausforderung, wobei ich den Fokus nicht allzu

stark auf eine bestimmte Altersgruppe legen möchte. Bevölkerungswachstum und -wandel haben generell grossen Einfluss auf die Städte, beispielsweise bei Fragen des Städtebaus oder bei der Mobilität. Es sind übrigens auch Überlegungen zur Demografie, die – neben der Bewältigung des Berufsverkehrs – zur Schaffung der Agglomerationsprogramme beigetragen haben, dank denen Städte- und Verkehrsentwicklung jetzt überkommunal geplant wird.

Insofern kann die Demografie auch eine neue Dynamik in den Städten auslösen. Öffentliche Räume werden neu gedacht und erneuert.

Eine Studie zu den Altersleitbildern der Städte hat gezeigt, dass das Thema Wohnen zentrale Bedeutung hat. Welche Projekte hat Pully in diesem Bereich?

2011 hat Pully einen «Aktionsplan Wohnen» geschaffen, der die Bedürfnisse der Bevölkerung ermittelt. So haben wir bis 2020 den Handlungsbedarf abgesteckt. Wir haben etwa das Ziel ausgegeben, dass 300 neue Wohnungen entstehen sollen, wobei 100 davon als Alterswohnungen gebaut werden müssen. Ein erstes Wohnbauprojekt mit rund 100 Wohnungen und einem Drittel Alterswohnungen ist bereits am Entstehen.

Pully engagiert sich stark für das Projekt «Quartiers solidaires». Welche Wirkungen sind bereits feststellbar?

Die beteiligten älteren Menschen arbeiten eng mit der Stadt zusammen und sind zu wichtigen Gesprächspartnern für kommunale Entwicklungsprojekte geworden. Der Austausch zwischen der Stadtregierung, der Verwaltung und den Bürgern ist gestärkt worden. Im Rahmen der «Quartiers solidaires» werden derzeit rund 15 regelmässige Aktivitäten organisiert. Auch diese stärken die sozialen Beziehungen im Quartier. Dies hat einen positiven Einfluss auf das Wohlbefinden der Senioren, denn sie vereinfachen den Austausch in einem Quartier und schaffen eine Vielzahl gegenseitiger Unterstützungsmöglichkeiten, z.B. durch Nachbarschaftshilfe. Entstanden ist aber beispielsweise auch eine Quartierzeitung. Wir werden das Projekt der «Quartiers solidaires» 2016 fortsetzen.

Wie sehen Sie Pully in 20 Jahren? Im Bezug auf die demografische Entwicklung, aber auch generell.

Ich wünsche mir, dass die Stadt Pully attraktiv und dynamisch bleibt und die heutige Lebensqualität erhalten wird – oder dass sich diese sogar noch vergrössert. Dies vor dem Hintergrund, dass aufgrund des Bevölkerungswachstums eine bauliche Verdichtung notwendig werden wird. Ich bin überzeugt, dass die Vorhaben, die wir seitens der Stadt jetzt lancieren, zu diesen Zielen beitragen.

THEMA

Zuhause alt werden – Herausforderungen für Städte, Gemeinden und die Wohnwirtschaft

Demografischer Wandel, gekennzeichnet auch durch eine grössere Zahl hochaltriger Menschen, ist eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Auf lokaler Ebene sind Städte, Gemeinden und die Wohnwirtschaft gefordert. Es stellen sich folgende Fragen: Wo und wie leben wir im Alter? Wer betreut oder pflegt uns? Und wie lässt sich das finanzieren?



Dr. Margrit Hugentobler
Leitung ETH Wohnforum –
ETH CASE

Die kantonalen und kommunalen Altersleitbilder der letzten Jahre orientieren sich oft an der Zielsetzung «zuhause alt werden». Bezüglich der Umsetzung ist diese aber meist wenig differenziert. Die Vision findet breite Zustimmung, auch weil sie aus ökonomischen, sozialen und sozial-psychologischen Gründen attraktiv ist. Stationäre Alters- und Pflegeheimplätze sind teuer. Der Wunsch nach einem möglichst selbstbestimmten Lebensabend in der gewohnten Umgebung entspricht menschlichen Grundbedürfnissen nach Autonomie, Geborgenheit, Verankerung, eingebettet in ein soziales Netz, nötigenfalls ergänzt durch professionelle Unterstützung. Letztlich macht diese Vorstellung uns den Gedanken an die eigene Vergänglichkeit erträglicher.

Mit Blick auf die Umsetzung dieser Zielsetzung stellt sich aber eine grosse Palette von Herausforderungen. Sie betrifft eine Vielzahl von Institutionen und Akteuren: Krankenkassen, kommunale und private Anbieter stationärer Pflege und einer Vielzahl ambulanter Betreuungs- und Pflegeangebote, Stadt- und QuartiersplanerInnen und nicht zuletzt kommunale, private, profit-orientierte oder gemeinnützige institutionelle Wohnbauträger.

Im Alter wird man nicht gleicher

Die meisten von uns haben in ihrem Umfeld nahe stehende ältere oder hochbetagte Menschen: Eltern, Grosseltern, weitere Verwandte. Spätestens wenn sie ins höhere Alter kommen, merken wir auch, dass «alt» nicht gleich «alt» ist. Ältere Menschen werden nicht gleicher, sondern eher unterschiedlicher. Dies durch die Prägung ihrer Lebensgeschichte. Viele von uns verfügen zudem über (schlechte) Erfahrungen mit mangelnder Koordination von Unterstützungsleistungen, beispielsweise

bei Spitalaustritten oder Unterstützungsangeboten zuhause, mit fehlenden angemessenen Wohnmöglichkeiten, langen Wartelisten und anderem mehr.

Die Herausforderungen, denen sich Städte und Gemeinden dabei gegenüber sehen, sind jedoch unterschiedlich. Während die Stadt Zürich, nicht zuletzt aufgrund der Einwanderungszahlen, den Zenit beim Anteil der hochaltrigen Bevölkerung bereits überschritten hat, weisen andere Kantone und die dortigen Kernstädte einen überdurchschnittlich hohen Anteil an älteren und hochaltrigen Menschen auf. Im schweizerischen Vergleich gilt dies auch für die Kantone Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Tessin und Basel-Stadt.¹

Hindernisse konsequent abbauen

Zugang zu passendem Wohnraum ist ein Kernthema bezüglich der übergeordneten Zielsetzung, älteren Menschen höchstmögliche Autonomie und damit den Verbleib in der angestammten oder einer passenden Wohnung anstatt eines institutionellen Settings zu ermöglichen. Städte und Gemeinden sind wichtige Akteure auch auf dem Wohnungsmarkt. Sie stellen in Alters- und Pflegeheimen stationäre Angebote oder auch barrierefreie Alterswohnungen in Alterssiedlungen zur Verfügung.

«Städte und Gemeinden sind wichtige Akteure auch auf dem Wohnungsmarkt.»

Einige Schweizer Städte verfügen auch über eine mehr oder weniger grosse Anzahl von nicht altersspezifischen Wohnliegenschaften. Viele von ihnen sind älteren Datums. Bei anstehenden grösseren Sanierungen wäre darauf zu achten, inwiefern auch hindernisfreie Wohnungen entstehen und wie Umzüge innerhalb von Siedlungen erleichtert werden können. Zentral sind jedoch auch hindernisfreie Erschliessungszonen im öffentlichen Raum. Ein Besuch im nordeuropäischen Ausland oder auch den Vereinigten Staaten zeigt, dass die Zahl und Art hindernisfreier Erschlies-

sungen im öffentlichen Raum dort viel grösser und vielfältiger ist als in der Schweiz.

Viele ältere Menschen und noch rüstige Hochaltrige leben in grossen Wohnungen, in denen sie die Familienphase verbrachten. Ein Umzug im höheren Alter ist aus vielerlei Gründen schwierig. In Städten mit einem knappen Wohnungsmarkt sind Mieten in Neubauten oder auch Anfangsmieten in bestehenden Bauten ungleich teurer als Bestandesmieten. Bewohnerinnen und Bewohner grosser 5-Zimmerwohnungen ziehen nicht in eine doppelt so teure 2.5 Zimmer Wohnung um, auch wenn die Pflege der grossen Wohnung und des Gartens längst zu aufwendig geworden ist.

Schwierige Wohnungssuche

Für solche Umzugsvorhaben stellen sich aber noch andere Fragen: Wie sollen sich ältere Menschen ohne Unterstützung mit den sich schnell ändernden Wohnungsangeboten auf dem Internet zurecht finden? Und nicht zuletzt, welche Liegenschaftsverwaltung ist bereit, einem 78-jährigen Menschen eine Wohnung zu vermieten? Wenige. Eine Studie zeigt, dass vor allem ältere Frauen bei der Wohnungssuche grosse Schwierigkeiten haben, respektive diskriminiert werden.²

Der Grossteil der Wohnungen in der Schweiz ist jedoch im Besitz privater und zu einem kleineren Teil institutioneller Akteure wie Versicherungen, Pensionskassen, Banken oder auch – zumindest in Zürich – gemeinnütziger Wohnbauträger. Gefordert sind hier vor allem die Wohnbewirtschaftungsunternehmen – an vorderster Front LiegenschaftsverwalterInnen oder auch Hauswarte. Allerdings sind sie gegenwärtig oft wider Willen «Feuerwehrleute»: Was ist zu tun, wenn ein 80-Jähriger die Verwaltung ständig ohne guten Grund anruft, oder eine 75-jährige nach einem Beinbruch nicht mehr in die Wohnung im 3. Geschoss zurückkehren kann? Und wie soll reagiert werden, wenn ein Hochaltriger wegen beginnender Demenz ungenügend gekleidet den falschen Briefkasten zu öffnen versucht? Es fehlen Strategien und Modelle, solchen Situationen in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren angemessen zu begegnen. Hier sind Städte bei der Koordination gefordert.

¹ Bundesamt für Statistik (2010): Szenarien der Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010 bis 2060.

² Fahrlander Partner AG Raumentwicklung (2011): Ältere Menschen in der Wohnwirtschaft aus Sicht von Liegenschaftsverwaltungen.

POLITIK

Rückblick auf die Herbstsession

Nach der Herbstsession zieht der Städteverband eine gemischte Bilanz. Erfreuliche Entschiede durfte er beim Mehrwertsteuergesetz und der künftigen Regelung des Zivildienstes zur Kenntnis nehmen. Bedauerlich ist dagegen, dass der Ständerat die NAF-Vorlage an die Kommission zurückwies.

Zivildienst nun auch in Schulen möglich

Sowohl der Stände- wie auch der Nationalrat haben dem Vorschlag des Bundesrates, Einsätze für Zivildienstleistende an Schulen zu ermöglichen, nun zugestimmt. Dies ist für den Städteverband und die Städteinitiative Bildung deshalb erfreulich, weil der Nationalrat damit von seiner vormaligen Haltung, das Engagement von «Zivis» einzuschränken, abgekommen ist. Die Städte hatten das Parlament aufgefordert, den Entscheid zu überdenken.

NAF: Rückweisung an die Kommission

Der Ständerat hat den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF an die Kommission zurückgewiesen. Er verlangt, dass der sogenannte Netzbeschluss in die Vorlage integriert und dessen Finanzierung geregelt

wird. Aus Sicht des SSV ist es entscheidend, dass bei dieser Überarbeitungsrunde nicht die gesamte Vorlage in Frage gestellt wird. Denn sie hat zentrale Bedeutung für die Weiterentwicklung des Agglomerationsverkehrs.

Erfolg für den SSV: Keine Parkplatz-Steuer

Bei der Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes lehnte es der Nationalrat ab, neu alle öffentlichen Parkplätze der Mehrwertsteuer (MWST) zu unterstellen. Der Städteverband hatte sich energisch dafür eingesetzt, die derzeitige Regelung beizubehalten, denn die vorgeschlagene Änderung hätte für Städte und Gemeinden einen immensen administrativen Aufwand und hohe Kosten zur Folge gehabt. Erfreulich ist weiter, dass der Nationalrat zudem die Zusammenarbeit von Gemeinwesen erleichtert und die Freigrenze für die MWST-Pflicht für Dienststellen von Gemeinwesen erhöht. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Asylverfahren fair beschleunigen

Die Revision der Asylverfahren, die insbesondere eine Beschleunigung der Prozesse vorsieht, hat die parlamentarische Beratung

im Herbst trotz einer umfangreichen Debatte zügig durchlaufen: Sowohl der National- wie auch der Ständerat haben zugestimmt. Das letzte Wort hat nun wohl die Stimmbevölkerung bei einer Referendumsabstimmung.

Altersvorsorge 2020

Der Ständerat verabschiedete die Altersvorsorge 2020. Er folgte weitgehend der bundesrätlichen Vorlage und entschied, das Frauen-Rententalter auf 65 Jahre anzuheben. In Abweichung zur Regierung beschloss er jedoch, die AHV-Renten zu erhöhen, um die Senkung des Umwandlungssatzes abzufedern.

Nothilfe für Wasserkraft

Bei der Energiestrategie 2050 beschloss der Ständerat eine Unterstützung für die Notleidende Grosswasserkraft – allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen. Weiter will der Ständerat auf Effizienzverpflichtungen für Energieversorgungsunternehmen verzichten und lehnte auch die Langzeitbetriebskonzepte für AKW ab. In den übrigen Bereichen erhielt die Vorlage zur Neuausrichtung der Energieversorgung grossen Sukkurs.

Vernehmlassungen

Sportförderung des Bundes

In seiner Stellungnahme zur konzeptuellen Gesamtschau zur künftigen Sportförderung begrüsst der Städteverband die verstärkte Förderung des Sportes. Er unterstützt die inhaltliche Ausrichtung und die Schwerpunkte, betont aber, dass für die Städte insbesondere die Förderung des Breitensports von zentraler Bedeutung ist. Dabei erachtet er namentlich das Programm Jugend + Sport als unverzichtbaren Pfeiler der Schweizer Sportförderung. Im Übrigen zeigt sich der Städteverband erfreut, dass in der Analyse auf die grossen finanziellen Lasten der Gemeinden in der Sportförderung hingewiesen wird, und warnt davor, übermässige zusätzliche Leistungen zu verlangen. Bezüglich Leistungssport hält er fest, dass kommunale Trainingsanlagen weitere finanzielle Unterstützung benötigten. Dies, weil deren Unterhalt kostenintensiv ist und die Be-

reitschaft in der Bevölkerung, Spitzensport-Angebote (mit-) zu finanzieren, zu schwinden droht.

Mobility Pricing: Ziele anpassen

Der Städteverband begrüsst, dass der Bund das Thema Mobility Pricing aufgreift. Der vorgelegte Bericht ist eine wertvolle Grundlage für die Diskussion des Ansatzes. Angesichts der Tatsache, dass der Verkehrsraum knapp ist und Infrastrukturausbauten hohe Kosten verursachen, befürwortet der Städteverband Überlegungen zur Entlastung von Schiene und Strasse. Der Bericht fokussiert allerdings zu stark auf das alleinige Ziel, Verkehrsspitzen zu brechen. Das ist wichtig, aber ein Mobility Pricing darf nicht nur eine zeitliche Verlagerung des Verkehrs bewirken, sondern muss auch die Mobilitätsentwicklung steuern, Anreize zu umwelt- und ressourcenschonendem Verhalten setzen und einen Beitrag an die Infrastrukturfinanzierung leisten.

Werden nun verschiedene Modellvarianten diskutiert, muss dieser Debatte eine ganzheitliche Betrachtung von Strasse und Schiene zugrunde liegen. Ein wirkungsvolles Mobility Pricing muss den gesamten ÖV und das gesamte Strassennetz einbeziehen, also auch die Gemeindestrassen. Nur so lässt sich unerwünschter Ausweichverkehr auf nicht bepreiste Netzteile verhindern. Einnahmen aus der Benützung von Infrastrukturen sollen an diejenigen Stellen fließen, welche die Kosten für die jeweilige Infrastruktur tragen. Der Bund ist aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für Pilotversuche in interessierten Regionen zu schaffen. Nur so besteht die Chance, das Konzept weiter zu konkretisieren und die zahlreichen offenen Fragen zu klären.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Mehrwertsteuer als Thema der Fachtagung der städtischen Finanzdirektoren



Die Mehrwertsteuer (MWST) beschäftigt Städte und Gemeinden. Dies zeigte sich an der zweiten Fachveranstaltung der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFd, an der Mitte September rund 60 Personen teilnahmen. Die Referate vermittelten einen Einblick in die Erfahrungen und Probleme von Gemeinden mit der MWST und zeigten zudem, wo der Schuh in dieser Thematik drückt: Bei städtischen Investitionsprojekten oder bei der angestrebten Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesen. Bei letzterer verspricht die aktuelle Teilrevision des MWST-Gesetzes eine Verbesserung. Die allgemeine MWST-Pflicht für Parkplätze, die ebenfalls Teil dieser Gesetzesvorlage gewesen war, hätte dagegen bedeutende Mehrkosten und administrativen Mehraufwand zur Folge gehabt. Glücklicherweise konnte der Nationalrat davon überzeugt werden, in diesem Punkt die für Städte und Gemeinden vorteilhaftere Lösung beizubehalten und keine Anpassungen vorzunehmen (siehe S. 4). Mit Blick auf künftige MWST-Erhöhungen wurde überdies deutlich, dass die Kantone, Städte und Gemeinden steigende MWST-Belastungen gewärtigen müssen – für ein MWST-Prozent fallen 210 Millionen Fr. «taxe occulte» an. www.ksfd.ch

Städteverband begrüsst Ostermundigen BE und Reinach BL als neue Mitglieder



Der Städteverband freut sich, zwei neue Mitglieder aufnehmen zu dürfen. Der Vorstand des SSV hat im September die Aufnahme von Ostermundigen BE und Reinach BL in den Verband beschlossen. Wir begrüßen die beiden Gemeinden herzlich in unserem Verband, dieser zählt nunmehr 131 Mitglieder. Für unsere Mitglieder übernehmen wir in zahlreichen politischen Dossiers die Interessenvertretung auf Bundesebene, bieten Dienstleistungen an und pflegen ein breites Netzwerk von Fachorganisationen, Verwaltungsstellen und anderen Interessensverbänden. Zudem bieten wir eine Plattform für den Praxis- und Erfahrungsaustausch unter den Städten. www.staedteverband.ch

Einführung in die Lokalpolitik: SGV und SSV unterrichten in Weiterbildungslehrgang



Was ist die Stellung von Städten und Gemeinden im föderalen System? Wie kann die kommunale Ebene ihre Anliegen in die Bundespolitik einbringen? Wo haben die Kommunalverbände dies erfolgreich gemacht und wo besteht noch Handlungsbedarf? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum einer Kurseinheit, in der Reto Lindegger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes und Martin Tschirren, stv. Direktor des Schweizerischen Städteverbandes über die Interessenvertretung der Kommunalverbände referierten. Der Kurs ist Teil eines Ausbildungsganges über Lokalpolitik, der als CAS vom Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP) der Universität Lausanne angeboten wird. www.unil.ch/idheap (französisch)

Bildungsfachleute diskutieren an Herbstkonferenz neues Tagesschul-Modell



Das Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich arbeitet derzeit an einem grösseren Projekt zum Ausbau der Tagesschul-Strukturen in der Stadt. Bereits im nächsten Jahr soll ein Pilotprojekt in sechs Schulhäusern gestartet werden. Mit dem Vorhaben werden die bewährten Blockzeiten im Sinne der Ganztagespädagogik über den Mittag ausgedehnt. Die Unterrichtszeiten der Schüler der verschiedenen Altersklassen werden dergestalt vereinheitlicht, dass für die Familien die Planung des Tages- und Wochenablaufs einfacher wird. Dies vor dem Hintergrund, dass in immer mehr Familien beide Elternteile berufstätig sein möchten und in Zürich die Zahl der Familien in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen ist. Die Projektverantwortlichen präsentierten das Vorhaben an der Herbstkonferenz der Städteinitiative Bildung in Winterthur vor rund 60 Bildungsvorsteherinnen und -vorstehern, sowie Amtseiterinnen und Amtsleitern. Ebenfalls durften diese an der Konferenz zur Kenntnis nehmen, dass ihr Schreiben an die Ständeräte Wirkung zeigte: Die SI Bildung hatte die Parlamentarier gebeten, auch künftig den Einsatz von Zivildienstleistenden in Schulen zu ermöglichen (siehe S. 4). www.staedteinitiative-bildung.ch

Kurzmeldungen

Silberne Gesundheitsstadt Uster

Die Stadt Uster ist neu Trägerin des Silberlabels Gesundheitsstadt. Das Label, das am 28. September im Rahmen einer feierlichen Übergabe verliehen wurde, zeichnet das Engagement der Stadt für ein nachhaltiges und vernetztes Engagement zugunsten der körperlichen, psychischen und sozialen Gesundheit der Ustermer Bevölkerung aus. Wir gratulieren!

www.gesundheits-stadt.ch

Domain .swiss

Seit dem 7. September 2015 gibt es mit .swiss eine neue Domain-Endung. Städte und Gemeinden sowie die Kantone können ihren Domainnamen bereits in der ersten Phase (bis am 9. November) registrieren.

www.nic.swiss / www.dot.swiss

Mobilität: Vernetzt in die Zukunft

Die Digitalisierung betrifft auch die Mobilität. Selbstfahrende Fahrzeuge, bessere Verkehrsflüsse oder plattformübergreifende Mobilitätskonzepte werden den Verkehr der Zukunft massiv beeinflussen. Die Tagung vom 18. November «ICT und Mobilität - Clever vernetzt in die Zukunft» zeigt, welche Trends aktuell werden, wie sich das Mobilitätsverhalten und die menschlichen Bedürfnisse verändern und welche Rollen Politik, öffentliche Hand und Wirtschaft einnehmen können.

www.asut.ch

Smart Cities Tagung

Städte, in denen alle Daten und Systeme vernetzt sind, sollen effizienter und umweltfreundlicher werden. Doch noch ist es noch ein weiter Weg bis zu den «Smart Cities» in der Schweiz. Am 3. Dezember werden an einer Fachtagung aktuelle Fragestellungen diskutiert.

www.smartcity-schweiz.ch

Grenchner Wohntage

Die Grenchner Wohntage finden vom 7. bis 18. November unter dem Titel «Zukunft Wohnen: Qualität und Innovation als Schlüssel zum Erfolg» statt und widmen sich unter anderem der Frage, wie gut gestalteter Wohnraum die Solidarität unter den Generationen fördern kann.

www.grenchnerwohntage.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 6. November 2015** **Nationale Tagung zur städtischen Alterspolitik** in Biel
Information: www.staedteverband.ch, Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 20. November 2015** **Tagung «Gesund bleiben trotz hoher Arbeitsbelastung: Alarmzeichen ernst nehmen, Massnahmen kennen und umsetzen»** in Luzern
Information: www.stadtschreiber.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 22./23. Oktober 2015** **Strassenmeisterkurse** in Nottwil
Information: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch
- 24. November 2015** **Licht und Lichtverschmutzung: Mehr Konzepte – weniger Konflikte?** in Zürich
Information: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 23. Oktober 2015** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Neuenburg
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch
- 29./30. Oktober 2015** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Sitten
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch
- 23. November 2015** **Fachveranstaltung der Städtekonferenz Mobilität** in Neuenburg
«Agglomerationsverkehr: Wenn der Stadtverkehr Grenzen sprengt»
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch

Weitere Organisationen

- 7. Oktober 2015** **Fachseminar zum autoreduzierten Wohnen** in Zürich
Information: www.wohnbau-mobilitaet.ch
- 9. Oktober 2015** **WÄRMETAGUNG 2015 «Die Schweizer Wärmeversorgung – Stütze der Energiewende?»** in St. Gallen
Information: www.waermetagung.ch
- 29. Oktober 2015** **2. Luzerner Management Forum für die öffentliche Verwaltung** in Luzern
Information: www.hslu.ch/lmf
- 13. November 2015** **AEE SUISSE Kongress 2015 «Die Energiewende vor der Abstimmung»** in Basel (Patronat SSV)
Information: www.aeesuisse.ch
- 18. November 2015** **16. asut-Kolloquium / its-ch Fachtagung des Schweizerischen Verbandes der Telekommunikation** in Bern
Information: www.asut.ch
- 3. Dezember 2015** **4. Nationale Smart City Tagung 2015** in Zug
Information: www.smartcity-schweiz.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Andrea Zimmermann, Ariane Gigon (Übersetzungen), Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Bild Seite 2: zvg
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch